

Für eine objektive Aufarbeitung der DDR-Geschichte:

Zur „Mangelwirtschaft“ in der DDR -

Versuch einer systemtheoretischen Nachbetrachtung

Karl Mai

Stand: August 2006

Inhaltsübersicht:

- Zur Einführung
- Immanente Defizite in der Zentralen Planwirtschaft (ZPW)
- „Gesetz“ der optimalen Proportionalität?
- Einige Ausdrucksformen des Mangelsyndroms
- Spezifische Aspekte in der DDR
- Eine Synthese von Ursachen für die Mängel
- Quintessenz aus der Geschichte
- Literaturauswahl

* * *

Hat die Planwirtschaft „nach ihren eigenen Regeln hinreichend funktioniert“, wie der Historiker *H. G Schröder*¹ ausdrücklich *bejaht*? Die DDR-Wirtschaft funktionierte nach den Regeln einer chronisch im materiell-physischen Angebot *beschränkten* Wirtschaft, und zwar infolge ihres Lenkungssystems einer typisch hierarchischen „Zentralverwaltungswirtschaft“² auf der Basis des staatlichen Eigentums als konkret-historische Ausprägung „Zentrale Planwirtschaft“ (ZPW) der DDR.

Ein Unterschied besteht allerdings in der Antwort auf die Frage, ob sie nach ihren Regeln *optimal* funktionieren konnte oder gerade *hinreichend* funktionierte. Funktionierte sie tatsächlich überhaupt eindeutig nach „ihren eigenen Regeln“? Dann waren es eben die Regeln der *Angebotsbeschränkung* infolge zentralistischer Koordinierung und es wäre zu zeigen, *wie* diese funktionierten. Die nachfolgenden Aussagen sollen auch eine Antwort auf die o. a. „Schröder-Hypothese“ erleichtern.

Man hat die chronische Beschränkung des *Angebots* - im Unterschied zur chronischen Beschränkung der Nachfrage in der Marktwirtschaft - mit dem Synonym „Mangelwirtschaft im Realsozialismus“ belegt. Doch das Stichwort „Mangelwirtschaft“ für die DDR-Wirtschaft verliert allmählich seine einseitig diskriminierende Deutung, da die ökonomischen Restriktionen aus der

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte und aus dem Reallohnrückgang in der kapitalistischen Bundesrepublik ebenfalls Defizite oder *Mangeleffekte* reflektieren oder auslösen und zu gezielten Mangel-Vergleichen der Wirtschaftssysteme hinleiten. Die erkennbaren immanenten Mängel beider Systeme bedürfen jedoch einer tiefer gehenden, generellen Wertung, und hierfür ist zunächst die klare Charakteristik der „Mangelwirtschaft im Realsozialismus“ und ihrer *tieferen* Systemursachen eine Vorbedingung. Die Auffassung von *Harry Nick*, der *Dauermangel* selbst sei die „wichtigste und *unmittelbare* Ursache aller Schwächen dieses Wirtschaftssystems“³ versperrt eine tiefer greifende Analyse und bleibt vor den oberflächenartigen Erscheinungen des Mangels stehen.

Zur Einführung

Um die DDR-Wirtschaft insgesamt planmäßig zu koordinieren und zu steuern, wurde bis zu ihrem letzten Existenzjahr an der Ausgestaltung einer vielgliedrigen staatlichen Planungsordnung und einer abgestuften materiellen und wertmäßigen Bilanzsystematik sowie einer zugehörigen umfangreichen Bilanzierungsmethodik gearbeitet.

Deren Anwendung auf allen Ebenen der Volkswirtschaft beschäftigte ein Heer von Planungsspezialisten sowie hilfsleistende Rechentechnik, vom relativen Umfang vergleichbar mit der privaten Kreditwirtschaft in der Bundesrepublik zum Zeitpunkt der staatlichen Vereinigung 1990.

Ob die Planaufstellung in der DDR *widerspruchsfrei* funktionieren konnte, sofern bzw. wenngleich hierfür keine idealtypischen Vorbedingungen existierten, steht hier zunächst zur Analyse. Die Durchführung der Planvorgaben brachte danach eine ganze Klasse von spontanen Einwirkungen auf den konkreten Wirtschaftsprozess mit sich, die zu praktischen „Unzulänglichkeiten“ führten: Die DDR-Plandurchführung geriet immer wieder in einen Sog von faktischen Abweichungen zu den Vorgaben, die als *Defizite* erscheinen mussten. Dies erwies sich im politischen System der DDR zwangsläufig als Anlass für hektische voluntaristische Eingriffe der SED-Parteispitze.⁴ Solche defizitären spontanen Abweichungen, die Störungswellen im gesellschaftlichen Reproduktionsablauf induzierten, waren einerseits aus den schon vorbestehenden Strukturdiskrepanzen in der Wirtschaft zu erklären, andererseits resultierten sie aus „oft genug überspannten Plänen“ (*Siegfried Wenzel*) gerade zwecks Überwindung dieser alten Disproportionen. Dabei begünstigten sie neu entstehende Diskrepanzen und damit den *systemischen* Sachverhalt einer graduellen „Mangelwirtschaft“ in weiten Bereichen des Wirtschaftslebens.

Wechselnde Produktionsstörungen wegen fehlenden Materials oder ausgebliebener Zulieferungen sowie Lücken im Angebot mit Versorgungsgütern der Bevölkerung gerieten zum negativen Image der DDR-Wirtschaft als *Mangelwirtschaft*. So konstatierte *Klaus Steinitz (2004)* „Tendenzen einer übermäßigen Ressourcenanspannung und Mangelwirtschaft“ bei „Starrheit und

unzureichender Flexibilität der Pläne".⁵

Zu einigen dieser bekannten Tatsachen sollen wichtige oder signifikante *ursächliche* Bestimmungen - aus einem mehr als 15-jährigen Rückblick - abgeleitet werden, die auch zu zwischenzeitlichen öffentlich vertretenen unterschiedlichen oder gegensätzlichen Aussagen einen Aufschluss geben können. Die dazu vorliegende Literatur bedarf einer kritischen Beachtung.

Es entstehen systemtheoretische Fragen nach einer möglichen Zwangsläufigkeit von *Defiziten* im zentral gesteuerten Reproduktionsprozess oder nach deren objektiven inneren Systemursachen sowie nach *dezentralen – bis zur Ebene der Betriebe* - Erscheinungsformen der Defizite im Realsozialismus. Bei Planaufstellung und Plandurchführung werden ihre jeweiligen Widersprüchlichkeiten im Prozessverlauf gezeigt. Eine Bewertung der Relevanz des Defizitproblems für den historischen Untergang des Realsozialismus als *transitorisches* System der „Zentralen Planwirtschaft der DDR“ (Typ „Zentralverwaltungswirtschaft“) folgt abschließend.

Immanente Defizite in der Zentralen Planwirtschaft (ZPW)

(1) Wechselnde materiell-physische Defizite im System der gesellschaftlichen Reproduktion sowie resultierende spezifisch-variable Sortimentslücken bei Konsumgütern für die Bevölkerung (auch im Vergleich zum verfügbaren monetären Kaufkraftfonds) zeichneten sich zeitlich-örtlich schwankend oder permanent im Realsozialismus ab und prägten damit den anhängigen Begriff „Mangelwirtschaft“.

Zweifellos wäre es zu engsichtig, den „Dauermangel“ formal nur als „das anhaltende Zurückbleiben des Angebots hinter der zahlungsfähigen Nachfrage“ (*Harry Nick*) zu umschreiben.⁶ Hierbei würde ausgeblendet, dass es in der Sphäre der Produktionsmittelherstellung nicht um eine Befriedigung von zahlungsfähiger Nachfrage ging, sondern um den oft gestörten *materiellen* Verarbeitungsprozess wegen fehlenden Zulieferungen, d.h. die Kaufmöglichkeit für den produktiven Verbrauch war hier streng limitiert, insbesondere über die zentral verwalteten Investitionsfonds *direkt* von „oben“ zugewiesen, und bei wichtigen physischen Materialarten zentralistisch nach Bilanzen kontingentiert oder gelenkt. Für den Bereich der Produktionsmittelherstellung bildeten sich sichtbare effektive Knappheiten in der Zirkulation durch die häufig *unterbilanzierte* Warenangebotsseite, nicht durch eine Verfügbarkeit über relativ überschüssiges Geld auf der Betriebsebene. Analoges gilt für die Versorgungsseite nach Bilanzanteilen für die Konsumgüterherstellung.⁷

Die generelle Restriktion im realen Sozialismus bestand daher in der *materiellen* Planbilanzierung der ZPW, die übergreifend die materiellen Defizite zwischen den vor- und nachgelagerten Produktionsstufen reflektierte und eindeutig von der Aufkommens- oder Angebotsseite her beschränkte. Durch die Zentralisation der Gewinne und zuletzt auch der Abschreibungen sowie durch die straffe Plannormierung der Umlaufmittelfonds verblieb den Betrieben überhaupt kein

frei verfügbarer Geldfonds für die Entstehung oder Eskalation einer dezentralen kaufkraftförmigen Nachfragefähigkeit. Ausdruck dessen war auch die Praxis, dass kein Betrieb die Beschaffung von operativ fehlenden Produktionsmaterial durch die ungesetzliche Bezahlung höherer Preise forcierte, sondern eher die zusätzliche Anreizbildung mit anderen Mangelwaren suchte.

Der *selektive* Warenmangel für die Bevölkerung mit zu knappen Konsumtionsmitteln im Angebot bezog sich u. a. auf Defizite bei speziellen Warengruppen zumeist außerhalb des Grundbedarfs sowie auf stark begehrte knappe Konsumartikel aus Importen, aber auch auf die Wohnraumversorgung und einige wichtige Dienstleistungen - kurzum, er spiegelte die unerwünschten oder bedingt „unvermeidlichen“ Angebotsmängel in der Konsumtion. Die *Kehrseite* des selektiven Warenmangels für die Konsumtion bildeten relative Geldüberhänge der Bevölkerung, die u. a. durch überhöhte Preise für besondere Warengruppen „abgeschöpft“ werden konnten oder auf privaten Sparkonten erschienen.⁸

Das sozialistische Mangelsyndrom wurde kritisch als *Antipode* zum System der privaten Marktwirtschaft als einer „Überflusgesellschaft“ interpretiert, die nicht auf derartigen Defiziten und Mangelerscheinungen, sondern auf generell im Preis konkurrierenden und mengenmäßig übersteigenden Marktangeboten gegenüber der verfügbaren kaufkräftigen Nachfrage basiert.

(2) Im System „Zentraler Planwirtschaft“ (ZPW), das auf materiell-physischen und monetären Relationen zwischen Aufkommen und Verwendung der zentral bilanzierten Produkt-/Warengruppen basiert, lassen sich *konkrete* Defizite und Mangelerscheinungen im Bedarfssortiment nur in jener *Aggregation* darstellen, auf der die Planmethodiken und deren Abrechnungen beruhen - der praktikable Feinheitsgrad im geplanten Produktions- und Leistungssortiment („Staatsplan-Nomenklaturpositionen“) konnte nicht beliebig erhöht werden. Die zentralen Instanzen stellten zuletzt 2.136 Bilanzen für Material und Halbfertigwaren zusammen, mit denen etwa 76 % des industriellen Inputs gelenkt wurden. Die Kombinate erarbeiteten noch einmal 2.400 eigene Bilanzen.⁹ Dennoch entstand eine Durchschnittsbildung mit unvermeidlicher „Unschärfe“ oder Nivellierung in der Darstellung der zentral geführten Relationen bezogen auf die *Einzelartikel* im Sortimentsaggregat. Der Einzelartikel im Bilanzsystem wurde in der Regel nicht erkennbar. Eine tiefere Disaggregation der „Planposition“ nach Raum und Zeit innerhalb der Planperiode war hierbei ebenfalls nicht mehr praktikabel.

(3) Die logische Bewältigung des zentralistischen Koordinierungsproblems je *Sortimentsartikel* wurde in der westlichen Literatur prinzipiell für (theoretisch) lösbar gehalten. Für die übliche Praxis des Realsozialismus blieb dies unpraktikabel und bedeutungslos bzw. untypisch. So z. B. schreibt *K. P. Hensel* (1954): „Die Kriegswirtschaft ist... eher ein Beweis dafür als dagegen, dass die zeitliche und räumliche Kombination der Pläne in einer zentral geleiteten Wirtschaft an sich möglich ist.“¹⁰ Das totale, straffe kriegswirtschaftliche Befehlssystem war dazu aber die organisatorische Voraussetzung ebenso wie die

strikte Ausschaltung aller Marktmechanismen zur Verfügung über Ressourcen. Insofern ist die „Beweiskraft“ *Hensels* für eine Periode außerhalb der Kriegswirtschaft gemindert. Hier zeigten sich „wegen der Vielzahl von Gütern und der Komplexität ihrer Beziehungen untereinander unlösbare Probleme.“¹¹ Daher stellt Hensel logisch für die zentralistische Planaufstellung auf *idealtypische* Voraussetzungen ab, um eintretende „Unzulänglichkeiten“ auszuschließen.¹²

(4) Neben dem materiellen Koordinierungsproblem bestand ein wertmäßiges. Der problematische Fakt war, dass der Einzelpreis je Artikel im Realsozialismus ein Festpreis (gesetzlich verbindlicher Preis) blieb, der nicht auf einen Ausgleich von Aufkommen und Bedarf über die zweiglichen Verwendungen oder Verflechtungen hinweg reagieren konnte, d.h. der Festpreis bildete als Geldform keine spezifisch existierenden Knappheiten ab. Er konnte infolge dieser Invarianz auch *nicht einen flexiblen immanenten Anreiz zu Verminderungen der Knappheiten über die Geldform selbst auslösen*. Willkürliche Abweichungen zwischen Selbstkosten und Preisen (staatlichen Festpreisen) waren daher die Regel - die realisierbare Gewinnhöhe war nicht normativ, blieb schwankend bzw. betriebsindividuell und eignete sich nicht als *autonome* Regulierungsgröße über den Markt *entgegen oder neben* den materiell-physischen Planbilanzvorgaben.

Hier spielten auch die langjährigen Unterbewertungen der Grundmittelfonds im DDR-Planungssystem eine Rolle, die zu Kostenverzerrungen und falschen Preiskalkulationen über mehrere Stufen der Arbeitsteilung führten.¹³

(5) Daraus wird auch der generelle *Widerspruch* zwischen einem System der marktwirtschaftlichen Ex-post-Koordination über den üblichen Markt-Preis-Mechanismus und einem System der zentralgeleiteten Ex-ante-Steuerung mittels Planvorgaben und Festpreisen (Planpreisen) sichtbar. Eine Synthese beider unveränderter, spezifischer Koordinierungsverfahren ist nicht logisch stringent, und ein praktisches Nebeneinanderbestehen innerhalb einer Volkswirtschaft erscheint kaum zielführend und widerspruchsfrei: Der Staat behält über das *zentrale* Bilanzsystem, vor allem durch die materiellen Planbilanzen, die Verteilung der Ressourcen in zentraler Hand, woran monetäre Anreizsysteme für die dezentralen Wirtschaftseinheiten wenig ändern.

Hieran scheiterte u. a. auch das zeitweilige „Neue Ökonomische System“ (NÖS) der DDR als Reformversuch unter Ulbricht in den 60er Jahren. Dasselbe gilt für die späteren Versuche in den 80er Jahren, die Gewinnorientierung für die Betriebe wieder stärker als monetären Anreiz zur Wirksamkeit zu bringen.¹⁴

(6) Die Entschärfung dieses Widerspruchs zwischen den beiden entgegen gesetzten Koordinierungsverfahren durch einen Reform-*Umbau* der ZPW in Richtung einer mittelfristigen staatlichen „Orientierungs- oder Rahmenplanung“ bei Ausdehnung der Wirkungssphäre der *dezentralen* monetären Marktregulation bringt ebenfalls keinen Durchbruch zu höherem Wirtschaftswachstum, wie die ungarischen Erfahrungen mit dem dort eingeführten „Marktsozialismus“ gezeigt haben. „Da die zentralen und

dezentralen Koordinationsverfahren untereinander nicht ausreichend abgestimmt sind und dementsprechend die gesamtwirtschaftlichen Interdependenzen nur unvollständig berücksichtigen, erhöht sich das Ausmaß an Fehllenkungen. Diese Schlussfolgerung lässt sich durch die Erfahrungen in Ungarn belegen", erkannte *Helmut Leipold* in seiner Analyse.¹⁵

(7) Gravierende bremsende Wirkung auf die Flexibilität der ZPW hatten die fehlenden *ausreichenden* Kapazitätsreserven in den mit angespannten Planaufgaben belegten Zweigen/Branchen der Wirtschaft, die den *operativen* Produktausgleich bei Defiziten im Prozess der Lieferbeziehungen verhinderten oder stark begrenzten. Der Vorteil beim Aufkommen für Produkte hoher, angespannter Produktionsaufträge im Planungsprozess verwandelte sich im defizitären Bedarfsfall - wegen der erreichten Kapazitätsobergrenzen - in ein Hemmnis der Plandurchführung bei der Überwindung von spontanem Mangel. Dies verhinderte auch letztlich alle Chancen, das planmethodische Steuersystem zu einem kybernetisch-regulierbaren Reproduktionssystem fortzuentwickeln. Eine Bildung von *flexibel* nutzbaren Kapazitätsreserven und zugehörigen Reserven an verfügbaren Arbeitskräften widersprach den Grundlagen des praktizierten Staatssozialismus von vornherein.

(8) Sieht man von vorgenannten spezifischen Einschränkungen ab, konnte das „System ZPW“ eine Darstellung materiell-physischer Proportionen und monetärer Relationen immerhin in einer solchen gegliederten Aggregationsstufe leisten, die als noch praktikabel für die volkswirtschaftliche Praxis erschien, insofern damit noch gröbere Defizite in ihren Planpositionen nachweisbar blieben. Das geschah methodisch mittels der möglichst verfeinerten Schwerpunkt-Nomenklatur der zentralen Bilanzen und der zweiggegliederten in Matrixform abgebildeten „Verflechtungsbilanzen“ sowie mittels der synthetisch strukturierten Planbilanzen (Aufkommen und Bedarf) für materielle und monetäre Aggregationen. Diese waren Basis für die Kontingierung von Engpass-Material und für die Volumenkontrolle von betrieblichen Vertragsbindungen. Der praktisch kritische Punkt verschob sich hier aber zur *zeitlichen Verknüpfung* aller Lieferbeziehungen. Diese wurden dann durch das dezentrale umfassende Vertragssystem der Lieferbeziehungen untersetzt, ohne immer alle zeitlichen Dispositionen zur Realisierung von Lieferungen auflösen zu können.

(9) Damit war es zwar möglich, eine *Annäherung* an jene objektiv notwendigen materiell-physischen Proportionen zu finden, die für eine theoretische Gleichgewichtigkeit des erweiterten Reproduktionsprozesses im Modellsystem geboten erschienen.¹⁶ Diese strenge theoretische Gleichgewichtigkeit ließ sich aber im Plandurchführungsprozess sodann - infolge von unzureichender zeitlicher oder räumlicher Synchronisation aller Lieferbeziehungen mit dem zentral vorgeplanten komplexen Investitionsablauf, infolge der kapazitätsbedingten Inflexibilität der Planproduktion sowie auch wegen methodologischer und terminlicher Planungsschwierigkeiten - *nicht hinreichend* praktisch erzwingen.¹⁷

Externe operative Einwirkungen (Außenhandel, Ölkrise, erhöhter Verteidigungsbedarf, Zwangsspezialisierung im RGW) wirkten erschwerend in gleicher Richtung.

Gemindert wurden die Defizite bei manchen Schwerpunktmaterialien durch staatliche Reserven nach Nomenklatur, durch Bilanzvorräte bei den Bilanzorganen und betriebliche Reservehaltungen.¹⁸ Die darüber hinaus bestehenden zeitlich-lokalen Diskrepanzen erschienen oft als materielle Defizite - als systemisch immer wiederkehrende oder wechselnde Mangelerscheinungen. Objektiver Mangel fluktuierte hier um eine zeitweilig erreichte oder erreichbare funktionale Bedarfsdeckung.

(10) Hinzu trat die Schwierigkeit, entstehende Diskrepanzen zwischen den materiellen Proportionen und ihrem monetären Ausdruck mittels des Festpreissystems zu minimieren. Dies war Voraussetzung, um die Äquivalenz von vergleichbarem gesellschaftlichem Aufwand im Geldausdruck für die Proportionen zu sichern. Weil dies nicht prozesskonform gelang und teilweise umfassend mittels *Preissubventionen* behindert war, konnten die Preisrelationen die Aufwandsrelationen bzw. Mengenrelationen deutlich verzerren. Dann war eine objektive Preis-Mengen-Diskrepanz in den effektiven Grundrelationen der Reproduktion nicht auszuschließen und zeitbefristet Fehlsteuerungen derselben möglich.¹⁹

Der gesuchte Ausweg über den Aufbau von kombinierten „Natural- und Wert-Verflechtungsbilanzen“ (NWVB) stellte einen außerordentlich komplizierten Weg dar, um die *Ambivalenz* von Natural- und Geld-(Wert-)Rechnung methodisch zu überbrücken und zu praktikablen oder prognostischen Ergebnissen zu gelangen. Die Errechnung der speziell erforderlichen materiell-physischen oder monetären Verflechtungskoeffizienten stieß in den zahlreichen Fällen von Einzel- und Kleinserienfertigung in der DDR-Industrie infolge der *außerordentlichen* Sortimentsbreite auf beträchtliche statistisch-methodologische Schwierigkeiten.²⁰

Für die Darstellung der Folgewirkungen von Festpreiskorrekturen über mehrere Produktionsstufen hinweg wurden Preisverflechtungsbilanzen genutzt, die jedoch nur Stichtagsänderungen von Festpreisen über längere Zeitintervalle (z. B. Fünfjahresplanperioden) aufbereiteten. Innerhalb dieser Zeitintervalle zeigte sich dann eine relative „Unschärfe“ der Festpreise je *Planposition* im Vergleich zu laufenden Aufwandsänderungen oder zu inneren Sortimentsverschiebungen von Jahr zu Jahr.

„Gesetz“ der optimalen Proportionalität?

(11) In der realsozialistischen Ökonomie entstand frühzeitig das *Dogma* vom „Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung“ mit seinem Kernsatz vom „vorrangigen Wachstum der Produktion von Produktionsmitteln gegenüber dem von Konsumtionsmitteln“ als einem Regulator der sozialistischen Ökonomie“. Dieses „Gesetz“ spiegelte den Zwang der volkswirtschaftlichen

Nachholprozesse der Länder des Realsozialismus ebenso wie die des Systemwettbewerbs im historischen Kontext, und es erforderte eine permanent organisierte hohe Akkumulationsrate im Vergleich zur Konsumtionsrate am Volkseinkommen. Die entsprechende praktische Aufteilung des jährlichen Volkseinkommens *zugunsten* der Akkumulationsrate war historisch-politisch unvermeidlich. Dies war auch Folge der langjährigen Systemabschottung im West-Außenhandel hinsichtlich einer systemübergreifenden zwischenstaatlichen stabilen Arbeitsteilung sowie ebenso des langjährigen Fehlens von bedeutenden Entwicklungskrediten aus dem globalen westlichen Finanzmarkt. Daraus ergaben sich Impulse zur Aufstellung von Produktionsplänen mit häufig "stark angespannten" Material- und Investitionsbilanzen, um die Schwerpunkt-Vorhaben zu realisieren und dabei bestehende Defizite zu minimieren.

In der Sowjetunion wurde die *absolute* Wahrheit eines solchen „Gesetzes" lange „interpretiert" und häufigen Relativierungen von Ökonomen ausgesetzt, die der zurückbleibenden Konsumtionsmittelproduktion eine reale Chance zur Beschleunigung geben wollten - praxiswirksam erst unter Gorbatschow für den letzten sowjetischen Fünfjahresplan.²¹

(12) In der Theorie der sozialistischen Reproduktion war es also allgemein anerkannt, dass die Produktion von Produktionsmitteln qualitativ mit *Vorrang* und graduell *schneller* wachsen müsse als die von Konsumtionsmittel, um *proportional* erweitert zu reproduzieren. Die Darstellung und Vorgabe *optimaler* variabler Wachstumsrelationen für diese *zentrale These der Reproduktionstheorie* stieß jedoch auf statistische Schwierigkeiten in einer äußerst komplizierten Methodologie,²² die nicht ausreichend praktikabel gelöst wurden. Bis zuletzt gelang es nicht, eine *dynamische* Optimierung der gesamten Volkswirtschaft praktikabel für zentrale Zwecke abzuschließen bzw. auszugestalten.²³

Auch die speziellen Plan-Kreisläufe der Reproduktion mit den *materiellen* Planbilanzen zu verknüpfen, war komplex schwierig, teilweise nicht vollziehbar. Zuletzt bestand für Prognosen eine zentralistische Planung, die von der Wirtschaftspraxis immer weniger konkret umgesetzt werden konnte und sich nach subjektivistischen Eingriffen seitens der Politik in die Plandurchführungen allzu schnell als Makulatur erwies.

(13) Ausdruck der planmethodischen Schwierigkeiten bildet die Tatsache, dass eine *theoretisch abgeleitete* Gleichgewichtsformel für die erweiterte Reproduktion zwar (nach *Karl Marx*) lehrbuchhaft *im Wertausdruck* anerkannt war,²⁴ aber erkennbar praktisch im System der Volkswirtschaftsplanung der DDR keine direkte steuernde oder gar regelnde Hauptfunktion ausübte, wie u. a. auch das letzte offizielle DDR-Lehrbuch „Volkswirtschaft" zeigt.²⁵

Die Praxis fußte auf der Verwendungsseite des Gesamtprodukts, was schon eine implizite *konkrete* Proportionalität einschloss, und befasste sich mit der konkreten Aufteilung in der Verwendung des inländisch verfügbaren Volkseinkommens zwischen den Relationen „Akkumulationsquote" und „Konsumtionsquote", wobei erkannte Diskrepanzen in der materiellen Deckung

auch eine Absenkung der Akkumulationsquoten (oder der Konsumtionsquoten) „zwecks Bilanzausgleich“ erfordern konnten. Dies zeigt den Spielraum zentraler politischer Entscheidungen im Realsozialismus.

(14) Die laufende Einhaltung von theoretisch *optimalen* Proportionen zur erweiterten Reproduktion war m. E. letztlich auch deswegen nicht hinreichend erreichbar, solange die unproduktiven Anforderungen für das Militärwesen sachlich und zeitlich die absolute Priorität behaupten. Die hierdurch ausgelösten Störungen waren in der Regel kaum mehr ausgleichbar, weil auch der Import nur begrenzte oder geringe Systemflexibilität erlaubte. Insofern ist es nicht übertrieben, von einer Art „Systemdeformation aus dem Zusammentreffen objektiver Zwangsdefizite“ vergleichsweise zu *optimalen Proportionen der Entwicklung* zu sprechen.

Das Aussteuern der ständigen notwendigen Variationen und objektiven Diskrepanzen in den Wachstumsrelationen von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln musste die bürokratischen *operativen* Möglichkeiten des „Systems der ZPW“ erschöpfen und seine Widersprüche vergrößern oder verdeutlichen.

(15) Der Einfluss von effektiv verfügbaren Produktionsfaktoren (Arbeit, Grundfonds, Technologie usw.) auf die *tatsächliche* Differenz der beiden Wachstumsraten von Produktionsmitteln und Konsumtionsmitteln ist objektiv variabel determiniert und nicht zuletzt auch von externen Faktoren auf eine Volkswirtschaft abhängig - u. a. vom Export/Import, von der Sicherheits- und von der Demographielage. Großen Einfluss übten hier bereits die Zuordnung von materiellen Investitionen für den Militär- und Sicherheitsbereich sowie die zugehörige gesellschaftliche Konsumtion aus. Letztere erreichte in den 80er Jahren durchschnittlich 10 % der Ausgaben des DDR-Staatshaushaltes.²⁶ Tatsächlich notwendige Variationen in den beiden Wachstumsraten der gesellschaftlichen Hauptabteilungen „Produktionsmittelproduktion“ und „Konsumtionsmittelproduktion“ waren folglich auch objektiv nicht vermeidbar,

(16) Die *Planung* theoretisch optimaler Bedingungen für eine erweiterte Reproduktion erwies sich auch deshalb als schwierig, weil dies nach einem sehr komplexen Modell der Totalplanung erfolgte, was keine hinreichende Praktikabilität unter Zeitaspekten einschloss.²⁷ Es lief auf eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung mit Planparametern hinaus, deren rechentechnische Beherrschung spezifische Anforderungen an die präzise Datenbereitstellung stellte und deren Regelungskreise nicht *automatisch* mit dem praktizierten Bilanzsystem verknüpft waren. Wechselseitige operative und fortschreibende Korrekturen zwischen Plangesamtrechnung und den Bilanzen waren daher *manuell* unvermeidlich.²⁸

Nach DDR-Expertenangaben erforderte die Jahresplanung im ZPW die Erfassung zwischen 2 und 20 Milliarden ökonomischer Beziehungen, was die Datenverarbeitungskapazität des Systems überstieg und zur weiteren Aggregation der Planungsnomenklaturpositionen tendierte. Die Durchplanung allein in naturalen Kategorien wurde „mit zunehmenden Entwicklungsstand der

Produktivkräfte immer schwerer und weniger realisierbar." ²⁹

Eine eher schwerpunktweise Analyse der wichtigsten Einflussgrößen auf die konkreten Proportionen der Wachstumsraten für die Erzeugung von Produktions- und Konsumtionsmitteln ist jedoch möglich und üblich gewesen. ³⁰

(17) Dennoch war notwendig, dass der *Vorrang* der Produktion von Produktionsmitteln im Realsozialismus *plangemäß* vorangetrieben werden musste, solange sich die „äußeren Rahmenbedingungen“ des Systems (Bedrohung, harter Systemwettbewerb, Aufholprozess in der gesellschaftlichen Produktivität, Rohstoff- und Energiemangel usw.) nicht änderten. Dieser Vorrang erschien auch als praktischer Vorlauf der technisch-wissenschaftlichen Vorleistungen im Zuge der „intensiv erweiterten Reproduktion“, also nicht nur in der Phase der „extensiv erweiterten Reproduktion“ der volkswirtschaftlichen Entwicklung.

Dies musste zwangsläufig im Zeitverlauf zu mehr oder minder hartnäckigen Disproportionen im Reproduktionsablauf führen (wie es z. B. auch „oft genug überspannte Pläne“ bewirkten), die Produktion von notwendigen und ausreichenden Konsumtionsmitteln bremsen und damit auch zu Lücken im Versorgungsniveau und -ablauf der Bevölkerung führen.

Dies gilt umso mehr, weil und insofern auch staatlicher Außenhandel die entstandenen chronischen Diskrepanzen zwischen dem Zuwachs an Produktions- und Konsumtionsmitteln nicht verhindern bzw. nicht wesentlich mindern konnte. Embargo und Zwangsautarkie erzwangen eine außerordentliche Sortimentsbreite der DDR-Produktion, die den betrieblichen Aufwand erhöhte, gleichzeitig aber die mögliche Innovationsrate senkte.

(18) Der Gütertausch innerhalb des RGW bewirkte infolge seiner langfristig geplanten und administrativen Starrheit (bzw. bürokratischer Behinderungen) im Volumen und Sortiment einen ständigen Bremseffekt auf einen operativen Ausgleich von entstehenden innerwirtschaftlichen Defiziten. Die Export-/Importbeziehungen zur UdSSR via Polen waren infolge des Transports von riesigen Mengen an Massengütern mit drückenden Kompensationen für den Transitverkehr verbunden.

Als im Zuge der politischen „Entspannung“ ein flexibles operatives Volumen über den NSW-Handel gegen hochverzinsliche Auslandskredite ermöglicht wurde, begann ein auffälliger Prozess der staatlichen Verschuldung in westlichen Währungen in allen realsozialistischen Staaten, der rasch eskalierende Verzinsungen erzwang.

Im Ergebnis der hohen Tilgungsleistungen stiegen die zuvor durch Importe geminderten Defizite und Diskrepanzen auch bei Konsumgütern oftmals wieder an oder wurden neue massive Störungen in der materiell-technischen Versorgung ausgelöst.

(19) Die gesamte Außenverschuldung in westlichen Währungen erreichte kurz vor dem Zerfall des RGW einen Gipfelpunkt in den Ländern des existenten „Realsozialismus“ - ein Ausfluss der innerwirtschaftlichen Defizite oder

Mangelercheinungen, die nicht zuletzt auch aus den enormen militärischen Belastungen je Einwohner resultierten. Die hohen Verzinsungen in Devisen und ihre erforderlichen zusätzlichen Westexporte verschärften manche Defizite noch akut. Es mussten Phasen der Importminderung zwecks Abbaus der Devisenverschuldung eingeschoben werden. Der „Preis“ für die Folgen der harten Systemkonfrontation stieg damit als *Minderung* für das Konsumtionsniveau im Realsozialismus beträchtlich an, was sich infolge des ungünstigen Preisbildungsverfahrens für DDR-Westexporte in einer wachsenden Differenz zwischen erzeugtem und verfügbarem Volkseinkommen innerwirtschaftlich spiegelte und die Akkumulationsquote herabdrückte.³¹

(20) Das Verhältnis der tatsächlichen Wachstumsrelationen zwischen der Produktion von Produktionsmitteln und der Produktion von Konsumtionsmitteln im historischen Realsozialismus war *generell* durch den Kampf um das ständige Aufholen in der Arbeitsproduktivität gegenüber den kapitalistischen Ländern suboptimal vorgeprägt, litt unter „Überkonzentration der Investitionen auf die ausgewählten Zweige“³² und war überhaupt durch den permanenten wirtschaftlichen und militärischen Konflikt im antagonistischen Systemwettbewerb stark durch die „feindlichen Aktivitäten der anderen Seite“ belastet.

Ebenso gravierend waren allerdings die planbürokratischen Hemmnisse im eigenen ZPW-System. „Da bei zentraler Planung technische Fortschritte nur zögernd durchgesetzt werden, geht das Wachstum der Akkumulation zu Lasten der Erhöhung der Konsumtion“, erklärt *Helmut Leipold*.³³ So konnte eine theoretisch optimal-proportionale Entwicklung durch die faktisch erreichbare Erzeugung von Konsumtionsmitteln auch objektiv nicht garantiert werden, und die staatliche Wirtschaftspolitik hat dies auch gar nicht langfristig absichern können.

Dies schließt die Konsequenz ein, dass weder eine *optimal-proportionale* Entwicklung noch eine *hinreichende* Vermeidung von Mangelzuständen nach den „eigenen Regeln in der ZPW“ praktikierbar war und folglich Defizite im historisch-konkreten Wirtschaftsablauf chronisch generiert wurden.

Einige Ausdrucksformen des Mangelsyndroms

(21) Alle negativen Abweichungen zu den Planvorgaben im Realsozialismus zogen letztlich Defizite in der ZPW nach sich und bildeten so zwangsläufig ein fluktuierendes Mangelsyndrom - das Erscheinungsbild von Mangelwirtschaft. Die erkennbaren Mangelercheinungen beschränkten sich nicht auf die Konsumtion, sondern sie durchdrangen als „Defizite der materiell-technischen Versorgung“ auch das Alltagsleben der gesamten Industrieproduktion. Auf der Ebene der „sozialistischen Betriebe“ waren die Mitarbeiter der „Beschaffung“ ständig auf der Jagd nach Mangelartikeln außerhalb von kontingentierten Zuweisungen.³⁴

Auf der Ebene der Branchen und Zweige waren die Organe der Bilanzierung

ständig um die „Abdeckung“ für vorrangige Projekte bemüht, für deren Versorgung oft neue Lücken anderweitig aufgerissen und liefervertragliche Änderungen bei Dritten erzwungen wurden.

Auf der Ebene der zentralen Planung jedoch waren die Mitarbeiter des Bilanzsystems oft nicht mehr in der Lage, den spontanen Abläufen oder Abweichungen des tatsächlichen Geschehens zu folgen, so dass die Planbilanzen im Jahresverlauf zur Makulatur werden konnten. Politische Eingriffe in schon gesicherte oder geplante Versorgungen von Objekten zugunsten der unterversorgten vorrangigen Hauptobjekte waren an der Tagesordnung und erzeugten chaotische oder unbeherrschbare Nachwirkungen in den terminlichen Abläufen der hiervon negativ Betroffenen.

(22) Für volkswirtschaftliche Schwerpunktobjekte bei Neuinvestitionen mussten zwecks Verhinderung von Verzögerungen in der Produktionsaufnahme oft Sonderstäbe gebildet werden, die rigorose operative Entscheidungen zur Fertigstellung trafen. Die Reaktion auf die Zunahme der wichtigsten „unvollendeten Investitionen“ bildete ein operatives „Schlachtfeld“ der mittleren und oberen Leitungsebenen. Insbesondere in der Sowjetunion, wo die materiell-technische Versorgung durch das Fehlen eines leistungsfähigen Netzes von Großhandelsbetrieben für Produktionsmittelbedarf besonders erschwert war. Generell waren im Realsozialismus die handelsüblichen Produktionsvorräte zu stark auf der Verbraucherseite konzentriert und minderten dadurch die Flexibilität der normalen Liefermöglichkeiten.

(23) Die Kehrseite der Versorgungsmängel in der Industrie bildeten deren permanenten „Überplanbestände“ im Materialvorrat, die einen zweiten dezentralen Versorgungskanal der Betriebe für defizitäre Handelssortimente eröffneten. Über zentrale „Submissionen“ wurden branchenbezogene Umsetzungen der für knappe Kontingentsortimente zutreffenden „Überplanbestände“ zwischen den Betrieben angewiesen, und der Verkauf von bedarfsüberschüssigen eigenen Produktionsvorräten wurde zum tolerierten Ablauf in Betrieben.

(24) Die Rückwirkungen der elementaren Sachlage von Defiziten auf die zentralen und politischen Entscheidungsträger für die Wirtschaft waren erheblich. „Der mit der Vervollkommnung der zentralen Planung verbundene Abbau eigener Entscheidungen in den horizontalen Beziehungen“ der Betriebe „und der große Aufwand sowie die wachsende Kompliziertheit, diese Beziehungen über vertikale Strukturen zu planen, führten zur immer geringeren Beachtung der bei allen ökonomischen Entscheidungen bestehenden komplexen Zusammenhänge zu vor- und nachgelagerten Produktionsstufen bzw. Phasen des Reproduktionsprozesses,“ heißt es kritisch in „Schlussbilanz - DDR“. ³⁵

(25) Der Versuch, durch eine Verfeinerung der „Verflechtungsbilanzen“ für Produktgruppen (Matrix-Form) zu besseren Entscheidungsgrundlagen für operative Eingriffe zu gelangen, scheiterte infolge des Zeitmangels im Planungsablauf und der bürokratischen Folgewirkungen für Eingriffe ebenso wie an der zu geringen Leistungsfähigkeit der verfügbaren

Informationsverarbeitungssysteme. „Die Organisation des Informationsflusses für zentrale Entscheidungen, die horizontale Beziehungen" der Betriebe „betrafen, gestaltet sich zu einem überaus komplizierten Prozess der gegenseitigen Abstimmung zwischen Lieferanten und Verbrauchern, in den Territorien, mit Außenhandelsorganen und Banken. Er setzte sich mit der Koordinierung in übergeordneten Organen fort und fand in der zentralen Bilanzierung *oder meistens Nichtbilanzierung* seinen vorläufigen Abschluss." ³⁶

(26) Die vorstehenden Ausführungen zeigen, dass zweifellos vorhandene *subjektive* Fehler der zentralen Entscheidungsträger gleichwohl unvermeidlich waren im Gewirr der systemischen „bürokratischen Zuständigkeiten" bei Regulierungs- und Steuerungsproblemen - dabei aber auch wesentlich zur Herabsetzung deren Effektivität beitrugen. Der ständig komplizierter werdende arbeitsteilige Prozess und der auf ihm lastende Terminzwang, die ständige Angespanntheit der politisch vorgegebenen Wachstumsziele überforderten zunehmend den subjektiven Entscheidungsfaktor im zentralistischen System.

Der subjektive Einfluss nahm gelegentlich sogar außerordentliche Dimensionen an, als z. B. in den letzten 60er Jahren *außerhalb* der Planbilanzen durch politische Entscheidungen zwecks Forcierung der wissenschaftlich-technischen Revolution „ 240 sehr große und sogenannte strukturentscheidende Vorhaben in Gang gesetzt" wurden, im Sinne einer „die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten sprengenden Überakkumulation". ³⁷

(27) Die moderne Rechentechnik, soweit (auch aus Westimporten) verfügbar, konnte die Lage nicht grundlegend ändern, weil das Gesamtsystem der zentralistischen Informationsverarbeitung nicht nur bloß unvollständig war, sondern der Mensch in ihm noch stufenweise verkettete Entscheidungen unter Zeitmangel treffen musste. Das für eine ideale Koordinierung immerzu überforderte Kommunikations- und Entscheidungssystem versank in partiellen Widersprüchen, die den Mangelzustand tendenziell verstärkten und verlagerten. Schönfärbereien bei wichtigsten Leistungskennzahlen bildeten zwischen den Leitungsebenen oft die Informationsgrundlage und erzwangen eine operative Kontrolle von oben über besondere Staatskontrollinspektionen. In den zentralen Kombinatn existierten bis 1989 noch „operative Meldegruppen" bei den Generaldirektoren zur Übermittlung von tagesgenauen Leistungskennzahlen für die Aufsichtsführung des etablierten Partei-Wirtschaftsdiktators Dr. Mittag.

(28) In den Betrieben, vor allem des Industriebereiches, war das System der Rechnungsführung und des materiellen Anreizes auf die oft schon defizitär geprägten Planaufgaben ausgerichtet, die immer wieder in Widerspruch zu den geforderten vertraglichen Bindungen der Kooperationspartner auch für den Zeitablauf der Lieferungen gelangten. Die komplexen Investitionsplanungen waren in ihrer materiell-physischen Struktur zumeist nicht ausreichend vorabgestimmt, weil kein zweistufiges Planungssystem existierte, das die Investitionen zeitlich vorrangig vor der laufenden Produktion erfasste. Das galt besonders im Bauwesen, und auch im Importbereich fehlte der zeitlich-sachliche Entscheidungsvorlauf. Die hieraus resultierenden Widersprüche konnten in einem Bilanzsystem nicht vermieden werden, bei dem die

funktionelle Verantwortung beim *Erzeuger* (und nicht beim Abnehmer bzw. Verbraucher) die bürokratische Pflicht zur „Bedarfsdeckung“ trug, die regelmäßig vom möglichen Hersteller-Angebot ausging und die bilanzierte Unterversorgung oft künstlich drosselte.

(29) Für die Kostensenkung der Betriebe gab es wenig Anreize, die auf die volkswirtschaftlichen Interessen ausgerichtet waren: Festpreise für Vorleistungen und Festpreise für alle Produkte begrenzten die wertmäßigen Erfolge der Produktionserhöhung, ebenso der eigenen Gewinnerhöhung im Fertigungsprozess, so dass betrieblich auf gewinnünstige Verschiebungen bei Vorleistungen (u. a. im Materialeinsatz) und im Produktionssortiment orientiert wurde, um höhere Gewinne aus Eigenleistung auszuweisen. Die Kategorie „Gewinn“ war faktisch nicht die zentrale Hauptkennziffer der Betriebe, sondern nur eine wichtige Nebenkennziffer.³⁸ Die Rolle der Hauptkennziffer fiel zu lange und zu einseitig der Bruttoproduktion und dann der Warenproduktion (einschließlich von Vorleistungen und Fremdleistungen) zu, was die Stimulierung der betrieblichen Eigenleistungen verzerrte. Dementsprechend setzte das materielle Anreizsystem für die Betriebe zu einseitig an funktionellen Mengen-Aggregaten des Outputs an.

(30) Die Senkung der Arbeitsnormen infolge technisch-technologischer Änderungen war ein Prozess, der oft bei passivem Widerstand der Arbeiter die Senkung der Stücklohnkosten nur zögerlich voranbrachte. Die Lohnentwicklung zwischen den Branchen und Zweigen sowie zwischen Arbeitern und Angestellten war chronisch disproportional, wozu auch das unterschiedliche Lohnsteuersystem beitrug. Von den Lohnkosten ausgehend, kam das „Prinzip der Zeitökonomie“ in der Produktionsbasis zu schwach zur Wirkung. Dies behinderte dann auch den Prozess der Selbstkostensenkung in den Betrieben, insofern die Lohnkosten den variabelsten Anteil der direkt zurechenbaren Stückkosten darstellten.

(31) Materialeinsparungen im Fertigungsprozess waren oft stark von den lieferbaren Sortimenten und ihren Abstufungen begrenzt, administrativ durch Aktionen zur „Importsubstitutionen“ erschwert oder durch Umstellungen in der technischen Normung (von DIN auf DDR-Standard oder GOST) konstruktiv und technologisch belastet, dabei immer wieder auch durch auferlegte Zwangsspezifikationen aus RGW-Importen problematisiert. Dabei gelang es jedoch oft nicht, den angestrebten Qualitätsstandard trotz Kostenauswirkungen zu erhalten.

(32) Durch die ständig hohe vertragliche Bindung der laufenden Produktion im Inland und im RGW-Export bestand kein abnehmerseitiger Anreiz für die Betriebe, zumeist auch keine zwingende Verpflichtung, ihre Sortimente laufend innovativ zu verändern. Die ausserordentliche Breite des DDR-Produktionssortiments in der Verarbeitenden Industrie, die fehlende Importe ausgleichen musste, verzögerte den gleichzeitigen Innovationsprozess in den vorhandenen Entwicklungskapazitäten. Teilweise blockierte der RGW-Export sogar technische Verbesserungen, um Großserien beim Endabnehmer im RGW einheitlich zu dokumentieren und mit Ersatzteilen zu versorgen usw.

Andrerseits gab es Planaufgaben zur Erneuerung der Produkte oft bei laufender Produktion, und im Westexport wurden ohnehin nur attraktive Angebote absatzfähig. Die neuesten Produkte des Maschinenbaus der DDR gingen kaum in die eigene Industrie, sondern wurden vorrangig in den SU- oder RGW-Export gelenkt, und dies verstärkte die technologische Lücke in der eigenen Materialökonomie und Produktivitätsentwicklung.

Spezifische Aspekte in der DDR

(33) Wägt man den partiellen Effekt von widersprüchlichen Fehlanreizen und Fehlsteuerungen zwischen der zentralen Ebene und den unteren Ebenen (Kombinate, Betriebe) in der Wirtschaftsleitung sowie das weitgehende Fehlen horizontaler Regelkreise im Gesamtsystem der ZPW ab, dann kann man zweifellos auch eine Negativwirkung *subjektiver* Art bei den ökonomischen Interaktionen nachweisen. Die beteiligten Funktionsträger verfolgten dabei offen oder bedeckt auch ihre jeweiligen im Machtsystem begründeten persönlichen Sonderinteressen.

Allerdings muss die letztendliche Hauptursache in der bürokratisch-widersprüchlichen Konstruktion der totalen ökonomischen Zentralsteuerung und ihren wenig praktikablen methodologischen Schwachstellen gesucht werden, die eine Überwindung von chronischen Defiziten nicht erleichterte, sondern eher verdeckte oder behinderte. Wesentliche Schwächen der ZPW der DDR sind daher als *systemimmanent* zu werten.³⁹ Subjektive politische Eingriffe und Fehlsteuerungen *entgegen* den Erfordernissen des vorgeplanten Bilanzausgleichs sowohl auf zentraler als auch auf regionaler Ebene verhinderten immer wieder eine planmäßige Minimierung von materiellen und finanziellen Defiziten im Zeitablauf.

(34) Subjektive Mängel und Fehler konnten ebenso manche Strukturmängel und nachfolgende Defizite zwangsläufig kräftiger hervorbrechen lassen, sobald der politische Voluntarismus seinen Druck mittels „oft genug überspannten Plänen“ erhöhte, insbesondere auf die agierenden DDR-Wirtschaftsfunktionäre der mittleren Ebene - vor allem der Kombinate - erheblich verstärkte. Das Drama der *extrem subjektivistischen* Periode der DDR-Wirtschaftspolitik unter Günter Mittag ist hierfür signifikant.⁴⁰

Jedoch bildeten die defizitären Anspannungen in der materiell-technischen Versorgung der Volkswirtschaft zunächst auch einen partiellen Reflex der *im objektiven Umfeld* noch wirksamen, seit dem Kriegsende entstandenen und lange nachwirkenden enormen Deformationen in der DDR-Wirtschaft.⁴¹ Manche Defizite resultierten aus der geografisch-geologischen Qualität des DDR-Territoriums und seiner begrenzten oder fehlenden Bodenschätze. Kaum überwindbare Diskriminierungen, Embargo-Blockierungen und politischen Eingriffe im Außenhandel hinterließen ihre tiefen Spuren über die Jahrzehnte des „kalten Krieges“.

Die DDR hatte gegenüber „befreundeten Ländern“ auch hohe Forderungen⁴²

bzw. war *Devisen-Gläubiger* in ihren äußeren Kreditbeziehungen mit Entwicklungsländern in Höhe von ca. 30 Mrd. Valutamark zu Ende 1989, für die hochwertige Industriegüter ins Ausland geflossen waren. (Diese Forderungen gingen nach der Vereinigung an die BRD über und wurden danach konsequent geltend gemacht.) Der „solidarische Export“ an die befreundeten Länder ermöglichte zwar auch wichtige Importe, ging jedoch auch oft zu Lasten dringenden inneren Bedarfs der DDR, der zurückgestellt wurde.

Hinzu kamen die Verwerfungen oder Belastungen der hoch angespannten DDR-Planökonomie durch die anhaltenden unabweisbaren Anforderungen der militärischen Verteidigung der „Warschauer Paktstaaten“, die sich ständig auch im Investitionssektor (Militärbauten und Waffensysteme, Armeereserven) stark bemerkbar machten. Die Gesamtausgaben im Militär- und Sicherheitsbereich lagen 1988 offiziell bei 21,7 Mrd. M und erreichten damit 8 % des für die DDR ausgewiesenen „produzierten Volkseinkommens“.

(35) Manche Versorgungsmängel der Bevölkerung hatten ihre Ursache in Importbeschränkungen, andere in lokal entstandenen Knappheiten oder/und Fehlsteuerungen, manche in zentral-bürokratischen Hindernissen, und letztlich wirkten sich die unzureichenden Innovationen bei Konsumgütern sowie unauflösbare materiell-technische Engpässe anhaltend nachteilig oder nur zeitweilig verzögernd aus. Kapazitätsengpässe in der zurückbleibenden Konsumgüterproduktion wurden planmethodisch über zusätzliche Produktions-Auflagen zur branchenfremden Fertigung im Bereich des Maschinenbaus letztendlich zu überbrücken versucht - ein Ausdruck des sonst partiell unterversorgten aktuellen Konsumgüterbedarfs schlechthin.

Besonders problematisch gestaltete sich die private Materialversorgung für den Eigenheimbau, die an bürokratische Zuweisungen und Genehmigungen gebunden war und selbst bei geringfügigen Bedarfsmengen kritisch-defizitär verlief.

„Verborgene Versorgungsbasen“ für hochwertige Konsumgüter für Zutritt nur mittels Sonderausweisen der elitären „Nomenklatura“ in oberen Verwaltungsebenen spalteten die Privilegierten vom einfachen „Bürger Normalverbraucher“ deprimierend ab. Das System der Bevorzugung von Funktionären war abgestuft auch für andere wichtige Lebensbereiche wirksam - von Wohnungszuweisungen bis zu Auslandsreisen. Dennoch brachte jede flächenhafte Zuspitzung der latenten inneren Versorgungsmängel die ideologische Machtbasis der SED in potenzielle Gefahr.

(36) Besondere Effekte resultierten auch aus dem Außenhandel mit den NSW-Ländern. Selektive Westimporte von hochwertigen Konsumgütern und offizielle Sonderläden gegen Bezahlung mit West-Devisen oder erhöhten DDR-Preisen wirkten nur sehr partiell auf die erwünschte und objektiv mögliche Bedürfnisbefriedigung, erhöhten aber in den Kreisen der hierbei generell Benachteiligten die politische Unzufriedenheit.

In den Jahren ab 1982 begann die DDR mittels ihrer West-Exporte forciert die aufgelaufenen Devisenschulden abzubauen, wofür ein positiver West-

Außenhandelsüberschuss erforderlich wurde. Der positive Außenbeitrag minderte die inländische Verwendung des BIP 1982 um 2,7 Mrd. Euro, 1985 um 7,7 Mrd. Euro und 1989 um 5,8 Mrd. Euro auf Preisbasis 1995. „Diese Maßnahmen führten im Inland zu permanenten Anspannungen der Wirtschaft mit Rohstoffen und der Bevölkerung mit Konsumgütern“, wie *Gerhard Heske* (2005, S. 58, 52) betonte. Dies drückte das BIP-Wachstum im Verlaufe der 80er Jahre deutlich unter das Niveau des vorangegangenen Jahrzehnts.

Eine Synthese von Ursachen für die Mängel

(37) Damit gelang es der DDR-Wirtschaft bis zuletzt *nicht* - trotz mannigfacher Teilerfolge und noch beachtlicher Wachstumsraten - den Makel der chronischen Defizitwirtschaft im Produktionssektor und der inneren spezifischen Versorgungslücken der Bevölkerung (außerhalb des üblichen Grundbedarfs) annähernd oder ausreichend zu überwinden. „Entscheidend waren ... die grundlegenden, strukturellen Defizite und Mängel des auch in der DDR angewandten sowjetischen zentralistisch-administrativen Modells der Planung, Leitung und Organisation der Wirtschaft“, fasst *Klaus Steinitz* die analytische Einschätzung der DDR-Erfahrungen zusammen.⁴³ Letzterem Einfluss konnte sich die DDR-Führung bekanntlich nicht entziehen.

(38) *Gerhard Schürer* formulierte seine Erkenntnis wie folgt: „Auch die subjektiven Fehler“ in den realsozialistischen Ländern „... können kaum der Hauptgrund ihres Untergangs sein, denn die Politiker der kapitalistischen Welt sind weder weise noch heilig, aber sie regieren doch.“⁴⁴ Der Vergleich hinkt insofern, als diese Politiker der kapitalistischen Welt nicht als die Organisatoren und Leiter der kapitalistischen *Wirtschaft* fungierten, die auf dem Privateigentum basierte. Andererseits macht Schürer „unrealistische Forderungen der politischen Machtorgane gegenüber der Ökonomie“ dafür verantwortlich, dass der Vorteil „einer planmäßig proportionalen Entwicklung“ aus der Hand gegeben wurde.⁴⁵ Dies spricht eher dafür, den subjektiven Einfluss der DDR-Führung auf die zu geringe Effektivität der ZPW aufzuwerten. Hierfür bildet die verfehlte Strukturpolitik unter Günter Mittag ein typisches Beispiel.

(39) Es gab neben den aufgezeigten *systemimmanenten* Mängeln der ZPW auch stark wirkende Faktoren, die gleichsam „kontingent“ aus den Besonderheiten der DDR-Entwicklung heraus bestanden.⁴⁶ Zusammen erlauben sie den Schluss, dass auch eine *hinreichende* Entwicklung „gemäß den eigenen Regeln“ für die ZPW nicht so eindeutig erreichbar wurde, wie eingangs mit der „Schröder-Hypothese“ zitiert: Allzu beständig mussten „die eigenen Regeln“ der Planbilanzierung nach politischen Eingriffe von „oben“ missachtet oder verletzt werden, so dass die Logik dagegen spricht, die *ZPW der DDR* habe „nach eigenen Regeln hinreichend“ funktioniert. Dies bestätigt auch das Endniveau der DDR-Ökonomie, das den politisch gestellten „proportional-funktionierenden“ Systemansprüchen und den ideologischen Verheißungen nicht genügte.

Die vorangestellte Gesamtanalyse zeigte, dass die system-immanenten Mängel

der Zentralplanung und die subjektiven Fehler der DDR-Führung eine Art *Symbiose* bildeten und ihre Schwächen wechselseitig verstärkten und damit den eigentlichen *endogenen* Ursachenkomplex des Scheiterns im Systemwettbewerb bildeten. Claus Krömke (1996) hob hervor, dass die Planung „zum Instrument der Machtausübung“ der SED avancierte (S. 52). Auf die Einwirkung von wesentlichen *exogenen* Faktoren (Kalter Krieg, West-Embargopolitik, RGW-Zwangsspezialisierung) wurde bereits verwiesen. Der relative Wirkungsgrad der endogenen und exogenen Faktoren war schwankend in einzelnen Phasen der DDR-Entwicklung.

(40) Diese Aussage soll aber nicht den Fehlschluss provozieren, dass die DDR zu Ende 1989 *infolge der Mangelwirtschaft* bereits absolut am „wirtschaftlichen Ende“ angelangt war. Die DDR ging aus politisch-ideologischen Ursachen unter, wozu die zuletzt offensichtliche Unterlegenheit der ZPW im Wettbewerb mit der westdeutschen sozialen Marktwirtschaft entscheidend beitrug. Hinzu traten ein offiziell idealisiertes Menschen-Leitbild der SED-Führung und die Hilflosigkeit einer geistig abgeschottet lebenden SED-Parteispitze.

Die Wirkung der politischen Systemkomponente war am gravierenden Zurückbleiben der DDR-Ökonomie mitbeteiligt: im Wettbewerb mit der leistungsfähigeren BRD-Ökonomie auf dem Gebiete der „Produktivität je Erwerbstätigen“ erreichte die DDR nur 45 % des westdeutschen Standes von 1989.⁴⁷ Bekanntlich wurde bereits nach Kriegsende ein dramatischer Anfangsrückstand (infolge von umfangreichen Demontagen, hohen laufenden Reparationen,⁴⁸ starken Abwanderungen u.a.m.) erzeugt, und dieser bedingte einen später *nicht mehr aufgeholt, erheblichen* Produktivitäts- und Effektivitätsrückstand. Kaum wahrgenommen wird jedoch in der deutschen Öffentlichkeit, dass dieser Abstand sich in den letzten beiden Jahrzehnten der DDR-Entwicklung im Produktivitätsvergleich schrittweise verringerte, und zwar von 0,39 (1970) auf 0,45 (1989) im BIP *je Erwerbstätigen* (WD=100) auf Preisbasis Euro '95.⁴⁹

Die nach den zentralistischen materiell-physischen Koordinationsmethoden planmäßig arbeitende ZPW der DDR vermochte sich aus den häufigen *Defiziten* nicht zu befreien. Die ZPW mit ihrem *materiellen* Bilanzsystem konnte im zeitweilig angestrebten Kompromiss mit der *monetären* Seite der Wirtschaftstätigkeit und der finanziellen Ergebniskontrolle eine neue überlegen funktionierende Art der volkswirtschaftlichen Reproduktion auch *partiell* nicht erfolgreich absichern.

Ebenso bot das Modell des ungarischen „Marktsozialismus“ nach seiner langjährigen Praxis keine besser funktionierende Alternative. Wie *Helmut Leopold* (1988) feststellte, brachte es „erstens überdurchschnittlich lange Durchführungszeiten der Investitionen, die Ausdruck unvorhergesehener Engpässe sind, zweitens ein ausgeprägter zyklischer Verlauf der Investitionen und drittens ein hohes Maß unrentabler Investitionen.“⁵⁰ Daher führt ein gelegentlich unverkennbarer Hintergedanke einiger Autoren, rückblickend für die DDR eine günstigere Lösung des Mangelproblems in Form des „Marktsozialismus auf der Basis staatlichen Eigentums“ zu erblicken, ebenfalls

ins Abseits einer vergleichsweise zurückbleibenden Effektivität.

Quintessenz aus der Geschichte

Trotz ihrer materiellen *Mangelercheinungen und den resultierenden Zeit- und systemischen Effektivitätsverlusten* wurden jedoch langfristig, insbesondere nach 1961, beachtliche *Aufbauerfolge* in der DDR unter schwierigen Nachkriegs-Ausgangsbedingungen erreicht, die im RGW- (COMECON-) Vergleich *positiv* erscheinen - dies ist jedoch ein zweites, hier nicht direkt behandeltes Thema.⁵¹ Positiv zu bewerten ist auch der Fortschritt in der Angleichung an die höhere westdeutsche Produktivität je Erwerbstätigen (auf Preisbasis Euro '95) zwischen 1970 und 1985 um weitere 5 %-Punkte.⁵² Erst nach 1986 kam dieser wichtige Niveauengleichungsprozess zum Erliegen.

Mit dem politischen Untergang des Realsozialismus wich der Druck der chronischen Mangelwirtschaft von den Menschen, um nunmehr im System der profitorientierten Marktwirtschaft spürbar dem Druck von hochgradiger Unterbeschäftigung und der zunehmend zu schwachen bzw. sinkenden Massenkaukraft sowie der Gefahr individueller Verarmung und Ausgrenzung ausgesetzt zu werden. Soziale Spannungen infolge der Tendenz zur ungleichen Einkommens- und Vermögenslage fungieren im politischen Bewusstsein des Volkes in frustrierender Weise anstelle von früheren, systembedingten materiellen Defiziten. Die gewonnenen persönlichen Freiheiten durch den Systemwechsel erforderten danach ihren Preis in größerer sozialer Ungleichheit.

In jüngster Zeit zeigt die kapitalistische Marktwirtschaft extreme Tendenzen zur Profitmaximierung *gegen* die Lebensinteressen der breiten Massen, verbunden mit gigantischer Bereicherung einer winzigen Minderheit von superreichen Geldvermögensbesitzern sowie steigender Armut und Ausgrenzung der untersten Einkommenschichten. Monetäre Mangelzustände und Defizite der öffentlichen Haushalte in der heutigen Marktwirtschaft bei den nunmehr *postsozialistischen* Ländern (Regionen) haben das Erbe der „Mangelwirtschaft des realen Sozialismus“ unter *anderen* Vorzeichen angetreten.

Die immanenten, oft auch „unsichtbaren“ Verluste durch Mangelwirtschaft im Realsozialismus stehen zum historischen Vergleich mit den ebenso immanenten, aber offensichtlichen Verlusten des Realkapitalismus *diesseits und jenseits* einer profitablen Kapitalverwertung.

Zu bedenken ist: „*Gegen die aus dem Zusammenwirken von brutaler Konkurrenz und unersättlicher Profitgier erwachsenden sozialen Antriebe ist kein (real)sozialistisches Kraut gewachsen - solange die Mehrung des materiellen Reichtums die fundamentale Orientierung für Produktion und Konsumtion sind.*“ (Harry Nick)⁵³ Letzteres im humansoziologischen Sinne zu ändern wird zur historischen Herausforderung im Kampf um das Überleben der Gattung Mensch auf dem Planeten.

Josef. A. Schumpeter betrachtete die Zukunftswege der Menschheit als offen und hielt noch zur Mitte des vorigen Jahrhunderts für möglich, „die kapitalistische Wirtschaftsordnung so fortzubilden und zu regulieren, dass die private Unternehmertätigkeit sich unter Bedingungen vollzieht, die von einer echten sozialistischen Planung nur wenig abweichen.“⁵⁴ Dieser Idee hängen auch jetzt noch „linke Kreise“ nach, die heftig gegen die entstandene Dominanz des Neoliberalismus in Deutschland nach der Vereinigung ankämpfen.

Um zukünftige ökonomische Existenzformen zu entwickeln, kann also auf die Erfahrungen des im Systemwettbewerb gescheiterten „Realsozialismus“ im letzten Jahrhundert nicht verzichtet werden. *Aus der Geschichte gilt es die Lehren zu ziehen, solange diese noch lebendig nachwirken.*

Literaturauswahl:

- Baar/Müller/Zschaler (1995), Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen. Investitionen und Budget in der DDR 1949 bis 1989" in: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte“ 1995/2, Akademie Verlag
- Bollinger, Stefan (Hrsg.) (2004), „Das letzte Jahr der DDR. Zwischen Revolution und Selbstaufgabe“, Dietz Berlin
- Cezanne, Wolfgang (2002), „Allgemeine Volkswirtschaftslehre“, 5. Auflage Oldenbourg
- Fritze, Lothar (1997), „Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende“, Böhlau
- Grosser, Dieter (1998), „Das Wagnis der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion“, DVA, Bd.2 der „Geschichte der deutschen Einheit“
- Gutmann, G./Buck, H (1996), „Die Zentralplanwirtschaft der DDR“ in: „Die wirtschaftliche und ökologische Situation der DDR in den achtziger Jahren“, Buchreihe „Am Ende des realen Sozialismus“ Bd. 2, Leske und Budrich
- Gutmann, G. (1999), „In der Wirtschaftsordnung der DDR angelegte Blockaden ...“ in: „Das Ende der DDR-Wirtschaft“, Buchreihe „Am Ende des realen Sozialismus“ Bd. 4, Leske und Budrich
- Hensel, K. Paul (1954) „Einführung in die Theorie der Zentralverwaltungswirtschaft“, Fischer Stuttgart
- Heske, Gerhard (2005), „Bruttoinlandsprodukt, Verbrauch und Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland 1970-2000 - Neue Ergebnisse“, Reihe Historische Sozialforschung, Beiheft Nr. 17, Köln
- Janson, Carl-Heinz (1991), „Totengräber der DDR“, ECON
- Karlsch/Laufer (Hrsg.) (2002), „Sowjetische Demontagen in Deutschland

1944-1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen", Duncker & Humblot Berlin

- Krömke, Claus (1996), „Das ‚Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft‘ und die Wandlungen des Günter Mittag“, hefte zur ddr-geschichte, heft 37
- Kupper, Siegfried (1999) „Ziele und Folgen des zentral gelenkten sektoralen und regionalen Strukturwandels in der DDR-Planwirtschaft" in : „Das Ende der DDR-Wirtschaft", Buchreihe „Am Ende des realen Sozialismus" Bd. 4, Leske und Budrich
- Kusch/Montag/Specht/Wetzker (1991), „Schlussbilanz -DDR", Duncker & Humblot Berlin
- Leipold, Helmut (1988), „Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich", 5. Auflage UTB Gustav Fischer
- Ludwig, Udo/Stäglich, Rainer (1997), „Die gesamtwirtschaftliche Leistung der DDR in den letzten Jahren ihrer Existenz - Zur Neuberechnung" in: „Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte" 1997/2, Akademie Verlag
- Nick, Harry (1994), „Warum die DDR wirtschaftlich gescheitert ist", hefte zur ddr - geschichte, heft 21
- Nick, Harry (2001), „Mangelwirtschaft in der DDR. Ursachen und Wirkungen", hefte zur ddr - geschichte, heft 68
- North, Michael (Hrsg.) (2000), „Deutsche Wirtschaftsgeschichte", Beck München
- Roesler, Jörg (2006), „Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990", Leipziger Universitätsverlag
- Schumpeter, Josef A. (1942), „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie", 7. Auflage, Francke Verlag
- Schürer, Gerhard (1996), „Das Ende der DDR-Wirtschaft" in: „Ansichten zur Geschichte der DDR", Bd. VI; Verlag Mathias Kirchner
- Schürer, Gerhard (1999) „Planung und Lenkung der Volkswirtschaft in der DDR. Ein Zeitzeugenbericht aus dem Zentrum der DDR-Wirtschaftslenkung" in: „Das Ende der DDR-Wirtschaft", Buchreihe „Am Ende des realen Sozialismus" Bd. 4, Leske und Budrich
- Steiner, Andre (2004), „Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR", DVA
- Steinitz, Klaus (2004), „Wirtschaft bankrott? Die DDR-Ökonomie Ende der achtziger Jahre" in: Bollinger, Stefan (Hrsg.) (2004)
- Wenzel, Siegfried (1996), „Die DDR-Wirtschaft im Spannungsfeld zwischen objektiven Bedingungen und Politik der SED", in: „Ansichten zur Geschichte

der DDR", Bd. VI; Verlag Mathias Kirchner

- Wenzel, Siegfried (1998), „Plan und Wirklichkeit. Zur DDR-Ökonomie“, Scripta Mercaturae Verlag
- Wenzel, Siegfried (1999), „Sozialismus gleich Mangelwirtschaft? Ein Beitrag zur Systemauseinandersetzung“, Pankower Vorträge, Heft 14
- Wenzel, Siegfried (2000), „Was war die DDR wert? Versuch einer Abschlussbilanz“, Das Neue Berlin
- Wenzel, Siegfried (2003), „Was kostet die Wiedervereinigung? Stand und Perspektiven“, Das Neue Berlin
- Wolf, Herbert (1996), „Das Verhältnis von Ökonomie und Politik in der DDR“ in: „Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. VI; Verlag Mathias Kirchner

DDR-Literatur:

- Koziolk, Helmut u. a. (1988), „Grundzüge einer Systemanalyse von Reproduktionskreisläufen“, Akademie Verlag Berlin
- Meißner, Herbert (Hrsg.) (1985), „Geschichte der politischen Ökonomie“, 2. erw. Auflage, Dietz Verlag Berlin
- Hrsg. (1969) „Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR“, Dietz Verlag Berlin, 1. Auflage
- Hrsg. (1982), „Grundfragen der sozialistischen Reproduktionstheorie“, Dietz Verlag Berlin
- Hrsg.,(1986) „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus. Umrisse“, Verlag Die Wirtschaft Berlin
- Hrsg. (1989), „Die Volkswirtschaft. Hochschullehrbuch“, Verlag Die Wirtschaft

Endnoten:

- 1 North, Michael (2002), S. 403
- 2 Cezanne, Wolfgang (2002), S. 36 ff.
- 3 Nick, Harry (1994), S. 26
- 4 „Die Beherrschbarkeit des Systems ... erforderte einen immer aufgeblähteren Verwaltungs- und Kontrollapparat. Nichts funktionierte mehr ohne zentrale Entscheidung.“ (Kusch u. a. (1991), S. 90
- 5 Steinitz, Klaus in: Bollinger, Stefan (Hrsg.), (2004), S. 73
- 6 Nick, Harry (1994), S. 26
- 7 Nick, Harry (2001): „Mangel' in der Mangelwirtschaft bedeutet lückenhaftes,

- unregelmäßiges und hinterder *zahlungsfähigen* Nachfrage generell zurückbleibendes Güter- und Leistungsangebot." (S. 9) Dies trifft so
exakt formuliert *nur* für die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern zu.
- 8 Die Sparquote der DDR-Bevölkerung betrug zuletzt 6,4 %, das Sparvolumen je Einwohner (1988) 9.091 Mark.(Kusch u. a. (1991), S. 21)
Der Geldüberhang wird mit 6 Mrd. Mark der DDR für 1988 angegeben. (Wenzel, Siegfried (2000), S. 222), hier offenbar bezogen auf den Bargeldumlauf.
 - 9 Steiner, Andre (2004), S. 204
 - 10 Hensel, K. P. (1954), S. 140 ff.
 - 11,„Vahlers Kompendium der Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik", Bd. 1, 8. Auflage, S. 31
 - 12 Hensel, K. P. (1954), S. 228
 - 13 Leipold, Helmut (1988), S. 249
 - 14 Roessler, Jörg (2006), S. 179
 - 15 Leipold, Helmut (1988), S. 160
 - 16 Gemeint ist jene Modellierung des erweiterten Reproduktionsprozesses, die als Steuer- und Entscheidungsmittel in der zentralen Plankommission fungierten und an deren Vervollkommnung bis zuletzt intensiv gearbeitet wurde. (Siehe hierzu: Koziolk u.a. (1988)
 - 17 „Die sozialistische Planwirtschaft sollte ja u. a. den Vorzug haben, dass die tatsächlich Entwicklung ‚planmäßig und proportional‘ (d.h. wie vorher festgelegt und ohne innere Disharmonien) verläuft. In der realen Praxis der DDR konnte eine solche Gesamtqualität nicht erreicht werden." {*Herbert Wolf*(1996) in:
„Ansichten zur Geschichte der DDR", Bd. VI, S. 81)
 - 18 „Mathematisch exakte Lösungen gibt es im praktischen Wirtschaftsleben nicht." „Dies gilt aber nicht nur für die Zentralverwaltungswirtschaft, sondern auch für die Verkehrswirtschaft." (K. P. Hensel, a. a. O., S. 145)
 - 19 Schürer, Gerhard in: „Ansichten zur Geschichte der DDR", Bd. VI, S. 384
kennzeichnet die Hemmnisse aus der zentralistischen Planpreisbildung.
 - 20 Hrsg. „Volkswirtschaft" (1989), S. 548 ff.
 - 21 Autorenkollektiv, „Geschichte der politischen Ökonomie des Sozialismus - Umriss", Verlag Die Wirtschaft, 1986, Kap. 9.3
 - 22 Siehe die komplizierten Modellstrukturen in Koziolk u. a. (1988), Abb. 2.12 oder Beilage
 - 23 Hrsg.„Volkswirtschaft" (1989), S. 560
 - 24 Diese Formel führt auf die ursprünglich bei Marx entwickelte Relation für die erweiterte Reproduktion zurück, die ihrerseits den Charakter einer Entwicklungsbedingung mit Obergrenze hat, also keine starr quantifizierbare Gleichheitsbedingung einschließt.
 - 25 Hochschullehrbuch „Volkswirtschaft" Verlag Die Wirtschaft 1989, S. 55
 - 26 Steiner, Andre (2004), S. 207
 - 27 Siehe: Lehrbuch „Politische Ökonomie des Sozialismus", Dietz Verlag 1969, Kap- 4.3.2 u. 4.3.3 sowie
Koziolk u. a., „Grundzüge einer Systemanalyse von Reproduktionskreisläufen", Akademie Verlag 1988
 - 28 Koziolk u. a. (1988), S. 109
 - 29 Leipold, Helmut (1988), S. 217 u. 218
 - 30 Akademie der Wissenschaften, Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften
„Grundfragen der Sozialistischen Reproduktionstheorie", Dietz Verlag 1982, S. 193
 - 31 Siehe hierzu die mehrfachen Darstellungen u. a. von Siegfried Wenzel.
 - 32 Gerhard Schürer, in: „Das Ende der DDR-Wirtschaft" (1999), S. 70
 - 33 Leipold, Helmut (1988), S. 206
 - 34 Es ist eine überzogene Übertreibung, wenn *Harry Nick* schreibt: „Viele (Leiter) waren schließlich mehr mit Beschaffungsproblemen befasst als mit der Ausführung ihres eigentlichen Arbeitsauftrages." (H. Nick, hefte zur ddr -geschichte 21, S. 28,

- Herausgeber „Helle Panke e. V.“)
- 35 Kusch u. a.(1991), S. 111
- 36 Kusch u.a., (1991), S. 111
- 37 Wolf, Herbert „Ansichten zur Geschichte der DDR“, Bd. VI, S. 73
- 38 „Der Gewinn (konnte) nicht als einzige und auch nicht als entscheidende, sondern als eine im Gesamtsystem notwendige Kennziffer angewendet werden“, deren „Wirksamkeit mit der gesamten Preis- und Finanzpolitik zusammen“ hing. („Geschichte der politischen Ökonomie. Grundriss“, Berlin 1085, S. 860)
- 39 Grosser, Dieter (1998), S. 60
- 40 Siehe Janson (1991)
- 41 Deren Ausmaß und zögerliche Überwindung stellt ein dramatisches Kapitel dar (Demontagen, Reparationen, Folgen der offenen Grenze und der Massenflucht bis 1961), das hier aber nicht konkret aufgearbeitet werden kann.
- 42 Deutsche Bundesbank, „Die Zahlungsbilanz der ehemaligen DDR 1975 bis 1989“, August 1999, S. 60
- 43 Steinitz, Klaus in: Stefan Bollinger,(2004), S. 93/94
- 44 Schürer, Gerhard (1999), in: „Die Endzeit der DDR-Wirtschaft“ , S. 94
- 45 Schürer, Gerhard (1999), S. 95
- 46 Siehe hierzu die glänzende Analyse von Lothar Fritze (1997)
- 47 Heske, Gerhard (2005), S. 66
- 48 Schürer, Gerhard (1999) gibt 14,3 Mrd. US-Dollar Reparationsleistungen auf Basis Vorkriegspreise an, S. 65;
siehe auch Karlsch/Laufer (Hrsg.) (2002) mit Detailangaben
- 49 Heske, Gerhard (2005), S. 67
- 50 Leipold, Helmut (1988), S. 160
- 51 Bollinger, Stefan (2004)
- 52 Heske, Gerhard (2005), S. 67
- 53 Nick, Harry, a.a.O., S. 46
- 54 Schumpeter (1942), S. 515
-